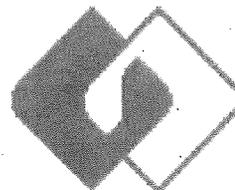


THÜR. LANDTAG POST
16.08.2019 07:49

17995/2019



Deutscher Familienverband

Landesverband Thüringen e.V.

Am Drosselberg 26, 99097 Erfurt

Fon: 0361 / 41 72 000

Fax: 0361 / 42 33 073

Web: www.dfv-thueringen.de

Mall: info@dfv-thueringen.de

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

15.08.2019

Gesetz zur Änderung des Thüringer der Kindertagesbetreuungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6956

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/5748

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte

der Deutsche Familienverband, Landesverband Thüringen e.V. (DFV) hat den Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 6/6956 - zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes zur Kenntnis genommen und bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Als Familienverband begrüßen wir ausdrücklich die im vorliegenden Änderungsantrag erfolgte

- Berücksichtigung des Begriffs „Kindergarten“ (Nummer 1)
- Hinzufügung einer zusätzlichen Landespauschale (Nummer 3), wobei nicht nachvollziehbar ist, warum die zusätzlichen 40 € nicht einfach jeweils zu den Pauschalen in § 25 Abs. 1 Nummer 3. und 4. addiert werden, die sich ja im Ergebnis dadurch beide erhöhen (Formsache, aber logischer)
- Klarstellung, dass auch beitragsbefreite weitere Kinder bei der Festlegung der Beitragsstaffelung als beitragsminderndes Kriterium berücksichtigt werden müssen (Nummer 5), wobei bei der Staffelung generell alle Kinder mit Kindergeldanspruch berücksichtigt werden sollten
- Klarstellung, dass die beitragsmindernde Berücksichtigung unverzüglich den Eltern zu Gute kommen soll (Nummer 6)

Bezüglich der Thematik Beitragsbefreiung und Qualitätssicherung/ Personalaufstockung verweisen wir auf unsere Ausführungen in der Stellungnahme vom 11.06.2019 zum o.g. Gesetzentwurf.

Geschäftsführerin